UNVERKEHRT.DE

Politik und mehr aus Kalletal und Lippe

Wahlkampf in Kalletal: "Trump" ist überall.

Das kann ja wohl nicht wahr sein.

Da zieht ein Kandidat durch die Kalletaler Dörfer und verspricht den Bürgern niedrige Beiträge für den Straßenausbau.

Gegenleistung: Unterstützungsunterschriften für seine (angeblich parteilose?) Kandidatur.



Die Anwohnergemeinschaft Straßenendausbau Taller Brede/In der Welle schrieb den Bürgermeister persönlich an: Anwohnergemeinschaft Straßenendausbau Taller Brede/In der Welle



An den Bürgermeister der Gemeinde Kalletal Herrn Mario Hecker -persönlich-Rintelner Str. 3 32689 Kalletal

Nachrichtlich an: Ausschuß für Planen und Bauen Rat der Gemeinde Kalletal

Sehr geehrter Herr Hecker,

Im Rahmen der Informationsveranstaltung am 24.02.2016 zum Straßenendausbau der Taller Brede / In der Welle wurde uns Anwohnern ein ungefähr geschätzter Kostenrahmen pro Quadratmeter Grundstücksfläche in Höhe von 15 Euro bis 20 Euro erläutert. Schon während dieser Veranstaltung wurde von uns Anwohnern Unmut über den hohen Beitrag geäußert.

Dies hatte zur Folge, dass man auf die ursprünglich vorgesehenen Pflasterungen in den Kreuzungsbereichen verzichtet um die Kosten für die Anwohner zu senken.

Nach aktuellen Aussagen der zuständigen Mitarbeiter im technischen Rathaus scheint der Verzicht dieser Maßnahme keine Kostensenkung zur Folge zu haben. Erkundigt man sich dort nach den ungefähr zu erwartenden Kosten, wird weiterhin die Aussage von 15 Euro bis 20 Euro getroffen. Vergleicht man diesen Betrag im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden in NRW, liegt die Gemeinde Kalletal mit diesen hohen Beiträgen (90% Bürgerbeteiligung) an der Spitze. Hierzu hat auch der Bund der Steuerzahler NRW am 07.07.2016 eine Informationstabelle veröffentlicht, in der die Straßenbaubeiträge der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe veröffentlicht worden sind. Hier weicht der ermittelte Betrag des Verbraucherschutzbundes deutlich von den in der Informationsveranstaltung vorgestellten Beträgen der Gemeinde Kalletal ab.

Die Tabelle des Verbraucherschutzbundes NRW ist diesem Schreiben beigefügt.

Weiterhin möchten wir Sie persönlich nochmal an Ihr Versprechen während einer Veranstaltung zur Unterschriftensammlung für die Kandidatur als Bürgermeister in der Welle in Talle erinnern, in der Sie uns betroffenen Anwohnern erklärt haben, dass mit Ihnen als Bürgermeister ein Beitrag über 15 Euro pro Quadratmeter für einen Straßenendausbau nicht zu machen sei. Der Betrag müsse zwischen 6 Euro und maximal 10 Euro liegen.

Deshalb bitten wir Sie um eine verbindliche Festlegung der Obergrenze des Beitrags auf maximal 15 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche.

Gemäß §14 der Straßenbaubeitragssatzung der Gemeinde Kalletal vom 01.01.2008, können Sie als Bürgermeister über die Kostenspaltung und Abrechnung einer Maßnahme selbst entscheiden.

Sie setzen sich persönlich sehr engagiert für eine Zukunft der Dörfer ein und wollen junge Familien pressewirksam ermutigen wieder auf das Land zu ziehen. Dies täte der Gemeinde Kalletal sehr gut. Jedoch erreichen Sie das nicht, wenn Sie junge Familien nach dem Bau oder Erwerb einer Immobilie auf dem Land mit diesen hohen Straßenausbaubeiträgen belasten. Hier sollte ein grundsätzliches Umdenken erfolgen und der Beitrag, wie bereits in anderen Städten und Gemeinden im Rahmen der

Grundsteuerabgaben umgelegt werden. Dies ist für alle Bürger gerechter und vor allem demografisch zukunftsweisend.

Deshalb stellen wir weiterhin den Antrag, die aktuelle Satzung für die Festlegung der Straßenbaubeiträge der Gemeinde Kalletal dahingehend zu ändern, dass der Beitrag im Rahmen der Grundsteuerabgaben umgelegt wird, oder alternativ ein Höchstsatz des Bürgeranteils von maximal 50% der Gesamtsumme einer Maßnahme eingeführt wird. Dieser Höchstsatz wird auch vom Bund der Steuerzahler, sowie den Verbraucherschutzorganisationen gefordert und ist in einigen Städten von NRW schon umgesetzt worden um junge Familien und Rentner zu entlasten. Wir Wähler werden es Ihnen bei der nächsten Wahl danken.

Unterschriften der Anwohner:



Man sollte glauben, dass der damalige Bauamtsleiter die einfachsten gesetzlichen Regelungen und gemeindlichen Satzungen für die Abrechnung des Aufwands für den Bau von Anliegerstraßen kennt. Egal, ob für die erstmalige oder wiedermalige Herstellung von Anliegerstraßen hat der Gesetzgeber genaue Regelungen vorgesehen. In der Gemeinde Kalletal wurden diese Regeln in den vergangenen Jahrzehnten auch konsequent eingehalten.

Dass ein "Bürgermeister im Wahlkampf" nach Gutsherren-Art für eine Unterstützungsunterschrift eine Halbierung der Beiträge verspricht, ist schwer vorstellbar.

Sollte diese Aussage im Schreiben der Anwohnergemeinschaft von 05.03.2017 korrekt sein, ist das grob fahrlässig....... und eine bewusste Täuschung der Wähler. Besonders begeistert über solche "Machenschaften" werden auch mehrere hundert Kalletaler Grundstückseigentümer sein, die in der Vergangenheit die gesetzeskonformen Straßenbaubeiträge gezahlt haben.

Schlussbemerkung:

Wir gehen davon aus, dass persönlich betroffene Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung weder mit der Planung noch mit der Durchführung, Abrechnung und Kostenermittlung zur Abrechnung vom Bürgermeister betraut wurden. (Goldene Regel aus dem Lehrbuch: Mitarbeiterführung) Eigentlich ist das selbstverständlich, aber wenn es schon der Bürgermeister mit der Einhaltung der Gesetze und Satzungen nicht so genau nimmt, kann man sich auch nicht sicher sein, dass diese Spielregeln beachtet werden. (HBO6042017)